

BYTENSIS, etrogigt zum Imperialismus und Konformismus, dem stärksten Ausplünderer der Kolonien, schärftes imperialistischer Kurs in der Außenpolitik, Wiederaufnahme des Kampfes um die Führung der weissen Front gegen die Sowjetunion — mit diesen Richtlinien werden die Konserwativen an allen Fronten der internationalen Politik aufmarschieren.

Auch für die deutsche Arbeiterklasse ist das Ergebnis der englischen Wahlen von großer Bedeutung. Das Schulprogramm der Konserwativen ist eine schwere Gefahr für die deutsche Arbeiter, insbesondere für den deutschen Fertigenexport, dessen Hauptabnehmer bisher England war. Eine neue Verschärfung der Krise in Deutschland wird also die erste Folge des konserwativen Wahlsieges sein.

Aber auch außenpolitisch drohen dem kapitalistischen Deutschland neue Gefahren. Die konserwativen Außenpolitik wird entschlossen die französische Karte ausspielen. Sie wird Seite an Seite mit dem französischen Imperialismus die Sklaventeile um Deutschland noch enger schmelzen.

Indessen taumelt das kapitalistische England weiter der Katastrophe entgegen. Die von Macdonald unter dem Vorwand der „Rettung vor dem Chaos“ von der Tausch gehobene „nationale Einheitsfront“ entpuppt sich als die nationale Front des Scharfmachertums und des Faschismus. Die „Nationale Regierung“ läßt die Masse fallen und entpuppt sich als eine Regierung der Tories mit Macdonald als Hausrecht. Alle Maßnahmen dieser Regierung können die Krise nur verschärfen, die sozialen Gegensätze aufs äußerste zuspitzen, die internationalen Spannungen bis zur Explosion steigern.

Die englische Arbeiterklasse ist nicht zu den Konserwativen gegangen. Sie hat den sozialistischen Betrütern aller Schattierungen einen kräftigen Fußtritt verfehlt. Aber die Arbeiter haben noch nicht den Weg zur kommunistischen Partei gefunden. Die Ereignisse der letzten Wochen, die fürmischen ErwerbslosenDemonstrationen in London, Glasgow und vielen anderen englischen Städten, die wachsende Streikbewegung in den Betrieben, die ansteigende Welle der Massenbewegung gegen den Hungerfeldzug der „Nationalen Regierung“ — all diese Tatsachen zeugen von dem wachsenden Einfluß der Kommunisten unter den englischen Arbeitermassen. Aber die Entwicklung konnte in den Wahlergebnissen noch keinen sichtbaren Ausdruck gewinnen.

Um so hoffnungsvoller sind die Perspektiven der Zukunft. Die englischen Arbeiter haben begriffen, daß der Faschismus nur Boden lassen und die Macht erobern kann, wo ihm durch die Macdonald und Henderson der Weg gebahnt wird.

Der 27. Oktober hat den bleiernen Bann der parlamentarischen Tradition in England gebrochen, dem traditionellen Parlamentarismus den Todesstoß verfehlt. Die parlamentarische Periode der englischen Geschichte ist abgeschlossen. Eine neue Epoche beginnt — eine Epoche, in der die Entscheidungen nicht mehr in den mittelalterlich-ehrwürdigen Hallen des Parlaments fallen werden, sondern in den Betrieben und auf den Straßen.

Mit dieser Entwicklung reifen die Voraussetzungen heran für die Entstehung einer starken kommunistischen Massenpartei, die das englische Proletariat und alle ausgeplünderten und getretenen Volksmassen unter ihrem Banner sammelt und zum Sturm gegen den englischen Kapitalismus, die Trutzseite des Weltkapitalismus, führen wird.

# Young-Fronvogt Hitler!

Hitler, der Führer der Nazis, legt seine Bemerkungen, die internationalen Finanzkapitalisten davon zu überzeugen, daß die Forderung der Nazis: „Brechung der Finanzherrschaft“, nichts weiter als eine verlogene Phrase ist. In der englischen Zeitung „Saturday Review“ schreibt Adolf Hitler einen längeren Artikel, in welchem er verkündet:

„Ein nach nationalsozialistischen Wirtschaftsgrundsätzen aufgebautes Deutschland bietet ausländischen privaten Gläubigern viel mehr Sicherheiten und Bürgschaften als das jetzige System.“

Aus dem deutschen Volke werden gegenwärtig bedeutend größere Summen an Zinsen für die ausländischen Kapitalisten herausgeschleudert, als die Tributleistung auf Grund des Verfallenen Schuldvertrages betragen. Etwa zwei bis drei Milliarden müssen als Zinsen für die Auslandsanleihen aufgebracht werden. Hitler wiederholt die Versicherung, daß die Nazis diese Schulden zahlen werden. Ja, er erklärt, daß die Nazis die beste Garantie für die Herauspressung dieser ungeheuren Summen aus dem arbeitenden Volke Deutschlands bieten. Hitler bietet sich und die Nazis als Fronvogt für das internationale „raffende“ Finanzkapital an. Er will die Sklavenpeitsche über den unterdrückten, ausgebeuteten und ausgeplünderten Massen Deutschlands schwingen, damit das internationale Finanzkapital nach wie vor seine fetten Profite bekommt. Indirekt ist die Erklärung Hitlers auch eine Anerkennung des Youngplans, durch den bekanntlich die von Deutschland aufzubringenden Tributlasten zu einem Teil in eine logenante kommerzielle Schuld, d. h. in Privatschulden verwandelt worden sind.

Die kommunistische Partei hat in der letzten Reichstagsperiode den Antrag gestellt, die Tributleistungen aus dem Youngplan und die Zahlungen der privaten Schulden an das Auslandskapital der Nazis aus dem Reichstag „demonstrativ“ ausgezogen. Nach der Erklärung Hitlers in der englischen Presse weiß man jetzt, daß diese „Demonstration“ mit Rücksicht auf das internationale Finanzkapital geschah. Die Nazis wollen die Schulden bezahlen, sondern nicht ihre braunen Pässe in die Hände der Kapitalisten des internationalen Finanzkapitals, sondern wollen zu diesem Zweck in diesem Lande auftreten. Die SA-Mordabteilungen sollen sich als Streikkräfte einfügen für die Finanzkapitalisten betätigen. Wer seine Steuern nicht bezahlen will, damit die Nazi-Minister die „ausländischen privaten Gläubiger“ befriedigen können, wird von den SA-Abteilungen terrorisiert, erstickt und erschossen.

Die Anhänger der Nazi-Partei, die bisher noch glaubten, daß die Nazis den breiten Massen des arbeitenden Volkes Vorteile bringen würden, müssen erkennen, daß die Hitler um die Partei des Massenbetrügers sind. Darum schloß mit dieser Partei des internationalen Finanzkapitals, Schluß mit dem Youngplan, rote Klassenfront unter der Führung der Kommunisten in der Partei gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung auch mit der Verfassung des deutschen Volkes durch das internationale Finanzkapital.

## 15 Uebertritte von der GWP zum KPD

### Die rote Einheitsfront der proletarischen Jugend markiert

Die Leipziger Jungkommunisten veranstalteten am vergangenen Freitag, dem 23. Oktober, im zweitgrößten Saal Leipzigs, den Albertshallen, eine massenhafte Kundgebung unter dem Thema: „Wie schaffen wir die revolutionäre Einheit der Jugend gegen Faschismus und Reaktion?“ 3000 Menschen, meist Jugendliche, füllten den Saal. An Stelle der erwarteten, kürzlich von der GWP zum KPD übergetretenen Genossin Grete Baumann sprach der ehemalige 2. Vorsitzende der niederdeutschen GWP, der Genosse Jürh.

In der Diskussion sprachen der ehemalige Vorsitzende des Bezirks Leipzig-Ost der GWP und der ehemalige 2. Vorsitzende der GWP von Alt-Leipzig, der Genosse Bergner.

Anschließend erklärte der GWP-Funktionär Heinz Nitzsch im Namen von 10 GWP-Genossen seinen Uebertritt zum KPD. In der schriftlich abgelesenen Erklärung dazu heißt es u. a. folgendermaßen:

„Wir Jungarbeiter sind mit der Politik der SPD nicht einverstanden. Wir können aber auch nicht den Schritt der Genossen Sendewitz und Rosenfeld zur Gründung der SWP aufheben,

denn dies bedeutet nur die Schwächung der Kampffront der Arbeiterklasse und daher auch Schaffung günstiger Bedingungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur. Der richtige Weg für die oppositionellen GWP- und SWP-Genossen, für die Einheitsfront des Proletariats, ist nur der, zur einzigen revolutionären Partei, der KPD, zu überwechseln. In dieser Erklärung erklären die unterzeichneten SWPler ihren Austritt aus der GWP und ihren Uebertritt zum KPD.“

In der anschließenden Pause traten noch weitere 5 SWP-Genossen dem KPD bei. Im Auftrag des Zentralkomitees des KPD begrüßte der Genosse Knittel die neu eingetretenen SWPler unter den Fahnen der kommunistischen Internationale.

### GPD-Bemeindevertreter geht zur KPD

In Klein-Wanzleben (Mitteldeutschland) ist der sozialdemokratische Gemeindevorsteher D. Strickardt zur KPD übergetreten. Ueber 10 Jahre war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 3 Jahre war er Vorsitzender der SPD Ortsgruppe und des Arbeiterportvereins. Er richtete einen Brief an alle SPD-Arbeiter, zu erkennen, daß „durch die Toleranz gegenüber dem Faschismus der Weg gebahnt wird“, und seinen Uebertritt zum KPD zu erklären.

### Berrat im Metallarbeiterkampf

#### Gewerkschaftsbürokratie für Lohnabbau / Nur die KPD kämpft! / 80 Kampfausschüsse gebildet

Berlin, 28. Oktober. (Fig. Meldung) Wie mitgeteilt wird, fanden gestern zwischen der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Verband der Berliner Metallindustriellen Verhandlungen über Lohnabbau statt. Die Verhandlungen dauerten zwei Stunden und wurden auf Freitag vertagt. In den gestrigen Verhandlungen, deren Verlauf nicht in die Öffentlichkeit drang, alles geheimgehalten wird, lassen die DWA-Bonzen durchblicken, daß sie sich mit einem Lohnabbau abfinden werden.

Der zentrale Kampfausschuss der Metallarbeiter stellt die Verschärfung der Lage durch die DWA-Bürokratie fest. Der Gefahr der Ueberwindung der Berliner Metallarbeiter bei den unerhörten Lohnabbau ist noch geflüchtet. Durch die Wahl von 80 Kampfausschüssen haben die Berliner Metallarbeiter bereits eine Antwort an die Verbandsbürokratie erteilt. Die einzelnen Streikunterstützungen in den Betrieben haben den Lohnabbau erschwert, ohne weiteres einen Lohnabbau zu dulden. Die völlige Gewinnung aller DWA-Kollegen für den gemeinsamen Kampf unter Führung der KPD, das ist das Gebot der Stunde.

### Polizei gegen Rotes Haus, Bremen

Bremen, 29. Oktober (Fig. Bericht). Vorgefunden erschienen im Roten Haus, dem Gebäude der Bezirksleitung Nordwest der KPD, Beamte der Politischen Polizei, um eine Hausdurchsuchung durchzuführen. Sie erklärten, irgendwo in Deutschland seien Schreibmaschinen und Fernschreibungsapparate gestohlen worden. Es bestohe der „begründete Verdacht“, daß diese Gegenstände im Roten Haus seien. Selbstverständlich verlief die Hausdurchsuchung ergebnislos.

Das Vorgehen der Bremer Polizei reicht sich würdig an das Verhalten der Berliner und Gelsenkirchener Polizei an.

### Polizei verbietet GPD-Versammlung

Gera, 29. Oktober (Fig. Bericht) Der Ortsverein Gera der SPD hatte für gestern eine Versammlung angekündigt, in der über die Vorgänge beim Hoozschweiger Sonntag gesprochen werden sollte. Die Polizeibehörde hat die Versammlung auf Grund der Verordnung vom 28. März verboten, angeblich, weil die Nationalsozialisten eine Versammlung mit gleichem Thema vorher angemeldet hätten.

### Neues in Kürze

Wie das Moskauer Telegrafensbüro aus Tokio meldet, hat der Minister des Auswärtigen den japanischen Botschafter in Moskau angewiesen, der sowjetischen Regierung die Forderung, Japan wegen der Bewegungen japanischer Truppen an der mandchurischen Grenze darzulegen, und für je 100 Truppen, sich jeder Tätigkeit zu enthalten, und für je 100 Truppen in militärischer Hinsicht Anlauf geben könnten. — Eine neue Provokation gegenüber der Sowjetunion!

## „GWP das Gammelbeden für GPD“

### Vermittlungsaktion der 2. Internationale um GWP und GPD wieder zu verschmelzen

Dresden, 28. Oktober.

Die frühere GPD-Reichstagsabgeordnete Siemen hat ihren Austritt aus der SPD und ihren Uebertritt zur GWP erklärt. In einem Schreiben, das sie an das Bezirkssekretariat der SPD in Weimar richtete, heißt es u. a.:

„Nun aber zeigt die erneute Zustimmung zu den Notverordnungen, die erneute Unterstützung der offenen reaktionären und feindschaftlichen Regierung Brüning, deren Kurs, gewollt oder ungewollt, im offenen Faschismus enden muß, daß die Sozialdemokratie nach wie vor nicht gewillt ist, den Kampf aufzunehmen.“

Daß die SPD die Wegbereiterin der offenen faschistischen Diktatur ist, wird hier wieder einmal bestätigt. Doch Frau Siemen geht nicht aus der SPD, um den Kampf gegen die Politik der Partei des Arbeiterverrats und der Helferin der faschistischen Diktatur zu führen, sondern sie will die von der SPD abgewanderten Arbeiter an dem Marsch in das Lager des Kommunismus hindern.

Sie schreibt, daß die Arbeiterklasse noch mehr als bisher in Gleichgültigkeit verfällt oder zu den Kommunisten flüchtet. Da ich auf diesem Wege nur Chaos sehe und der einzige Ausweg mir scheint, außerhalb der Partei das Gammelbeden für die enttäuschten, erbitterten, aber noch kampffähigen Genossen zu schaffen, das zu werden die Partei sich weigert, so ist es meine Pflicht, meine Arbeit dort einzusetzen, wo ich glaube, daß sie der Arbeiterklasse von Nutzen sein kann.

Die Rolle der GWP als Damm gegen den Kommunismus wird ferner illustriert durch einen Vortrag, den der bekannte „linke“ Aufstomarxist Max Adler in Wien hielt. Adler, der trotz seiner Beziehungen zu Rosenfeld immer noch Mitglied der SPD ist, teilte in seiner Rede mit, daß man

im internationalen Maßstab eine Aktion unternehmen werde, um die Wiederaufnahme der Sendewitz-Gruppe in die SPD zu erreichen.

Die Erklärung der Frau Siemen, die Ankündigung Adlers von der bevorstehenden Vermittlungsaktion der 2. Internationale zur Zurückführung der GWP in die SPD, sie müssen den opportunistischen Arbeitern und den oppositionellen SWP-Arbeitern die Augen öffnen. Alle ehrlichen sozialdemokratischen Klassen-genossen gehören in die KPD und den KPD!

### Roter Bauernkongress in Mittelbaden

Am Sonntag, dem 25. Oktober, tagte in Bittersdorf (Baden) der Kongress schaffender Bauern Mittelbadens. Ueber 12 Ortsbezirke hatten 31 Delegierte entsandt, denen sich noch 88 Gau-Delegierte aus fast allen Orten Mittel- und Oberbadens angeschlossen hatten. Unter ungehörter Empörung nahm der Kongress dessen Kenntnis, daß die Polizei das Thema des Kongresses: „Was tut Regierung und Land für die Bauern?“ verboten hatte.

Die Diskussion zeigte in großer Eindringlichkeit die ungeheure Not der kleinen Bauern und Pächter, in die sie durch die ungeheuren Steuern und Zölle geraten sind. In Entschlieungen forderten die Versammelten die Senkung der hohen Wochzinzen für kleine und mittlere Pächter, sowie die kostenlose Bereitstellung von Boden des Großgrundbesitzes für landarme Bauern, für

Bauernföhne und Landarbeiter, Aufhebung der Zölle für landwirtschaftliche Bedarfsartikel und Futtermittel.

Weiterhin wurde Annette für den Bauernführer Claus Heim und alle proletarischen politischen Gefangenen und Opfer der Not und des § 218 gefordert. Der Kongress ist eine wichtige Demonstration für das Wachen der revolutionären Bewegung auf dem Lande.

### 178438 Wohlfahrtserwerbslose

#### Zunahme um 145,3 Prozent seit 1930 in Sachsen

Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden von ihnen Ende September 1931 insgesamt 178438 Personen, die vom Arbeitsamt als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt waren, laufend unterstützt. Hierzu kommen noch 8841 Unterstützungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte. Gegenüber dem Vormonatstand ist die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen um 9396 oder um 5,6 Prozent gestiegen, und gegenüber Ende September 1930 beträgt die Zunahme 105694 oder 145,3 Prozent.

### Reichsarbeiter, aufgepaßt!

#### Lohnabbau-Schlächter am Werk

Berlin, 29. Oktober (TU). Das Reichsarbeitsministerium, das vom Reichsfinanzministerium um Schlichtung des Lohnstreites zwischen dem Reich und den Reichsarbeitern angezogen worden ist, hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, die Parteien für heute vormittag zu Verhandlungen geladen. Als Sonderentschlüsselter wurde Regierungsdirektor Dr. Friedländer, Stettin, ernannt.

Wie die Eisenbahner sollen auch die übrigen Reichsarbeiter durch Hinauszögerung der Schlichtungsverhandlungen in ihrem Kampfwillen geschwächt und dann durch Zwangsverhandlung übertrumpft werden. Reichsarbeiter, aufgepaßt!

### Polizeiaktionen gegen Arbeiter

In Ober-Ramstadt (Baden) erschienen vor einigen Tagen um 22.30 Uhr 3 Ueberfallwagen mit etwa 6 Kriminalbeamten und 50 Mann Schupo. Von allen Seiten drangen sie in das Haus eines Arbeiters ein. Unter den Kartoffeln im Keller, unter dem Feuer auf dem Boden, in den Schränken, ja sogar in den Betten wurde nach Waffen herumgestöbert. Beschlagnahmt wurden 30 Hälften einer Briefkasten-Konfession, die die Beamten von Patronenhüllen nicht unterscheiden konnten. Selbst in einigen Wänden, die außerhalb des Ortes stehen, wurde nach Waffen gesucht. Die Aktion endete um 2 Uhr nachts ohne jedes Ergebnis.

Im „Bätkischen Beobachter“ macht Hitler der Brüning-Regierung ein neues Bündnisangebot und propagiert „eine vom Volkswillen getragene Regierung von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum“.